

zusätzlichen Deponiekapazitäten zu schaffen und diese als Bestandteil in den künftigen Abfallwirtschaftsplan mit aufzunehmen. Der Beitrag berichtet über den Stand der Arbeiten an der Deponiekonzeption und die dabei erzielten Ergebnisse.

2. Die Entsorgungsverantwortung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) sind gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) verpflichtet, die in ihrem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen zu verwerten oder zu beseitigen. Für die Beseitigung von Abfällen sind unter anderem die Deponien geeignet.

Die örE sind gehalten, Kapazitäten für die Entsorgung der ihnen zu überlassenden Abfälle vorzuhalten. So legt § 16 Abs. 1 Nr. 5 des Landesabfallgesetzes Baden-Württemberg (LAbfG BW) fest, dass in Abfallwirtschaftskonzepten der örE eine Darstellung der Entsorgungssicherheit für mindestens zehn Jahre einschließlich der eingeleiteten Maßnahmen und Zeitpläne sowie die Festlegung von Standorten aller erforderlichen Abfallentsorgungsanlagen zu erfolgen hat. Die örE müssen hierzu entweder eigene Deponien vorhalten, langfristige Verträge zur Sicherung von Deponievolumina abschließen oder anderweitig Deponievolumen sicherstellen, das für die im Kreis anfallenden Abfälle zur Verfügung steht.

Im Land Baden-Württemberg haben sich die Stadt- und Landkreise und der Verband der Region Stuttgart als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Rahmen eines mit dem Umweltministerium vereinbarten Monitoring-Systems verpflichtet, landesweit eine mindestens zehnjährige Entsorgungssicherheit nachzuweisen und langfristig zu sichern. Im Rahmen eines Markt- und Monitoring-Modells und nach Maßgabe der „gemeinsamen Erklärung des Städtetages, des Landkreistages und des Verbands Region Stuttgart über die Zusammenarbeit und Sicherstellung der Entsorgung mineralischer Abfälle in Baden-Württemberg“ wird für den Nachweis der zehnjährigen Entsorgungssicherheit die Gesamtkapazität der baden-württembergischen Deponien akzeptiert, soweit die erforderlichen Entsorgungsleistungen am Markt bereitgestellt werden und konkret zur Verfügung stehen. Um dies zu belegen, erheben die Stadt- und Landkreise und der Verband Region Stuttgart gemeinsam seit 2012 die vorhandenen und verbrauchten Deponiekapazitäten und weisen damit gegenüber dem Umweltministerium die Einhaltung der 10-jährigen Restlaufzeit nach.

3. Aktuelle Deponiesituation in Baden-Württemberg

Für die Entsorgung von mineralischen Abfällen, insbesondere von unbelastetem und weitgehend unbelastetem Bodenaushub, stehen derzeit laut Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg 279 Deponiestandorte der Deponiekategorie 0 sowie 13 Deponiestandorte der Deponiekategorie I zur Verfügung. Die Entsorgung von mineralischen Abfällen mit höheren Kontaminationen findet derzeit an 22 Deponiestandorten der Deponiekategorie II statt.

Die Abbildung 1 gibt einen Überblick über die räumliche Lage und die Gesamtsitu-

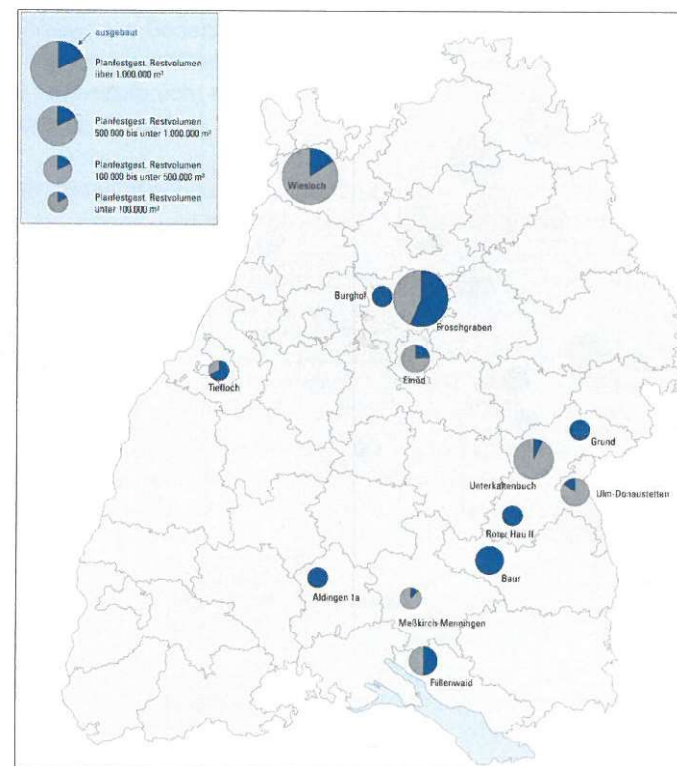


Abbildung 1: Deponien der Klasse I mit zugehörigem Restvolumen in Baden-Württemberg (Stand 2018)¹

¹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018

ation zu den ausgebauten bzw. planfestgestellten Deponien nach Deponieklasse I in den verschiedenen Landesteilen.

Es ist festzustellen, dass sich die Deponiestandorte in Bezug auf bereits ausgebaute DK I-Deponien landesweit ungleichmäßig verteilen. Es gibt lokale Engpässe in den badischen Regierungsbezirken sowie im Norden des Regierungsbezirkes Stuttgart.

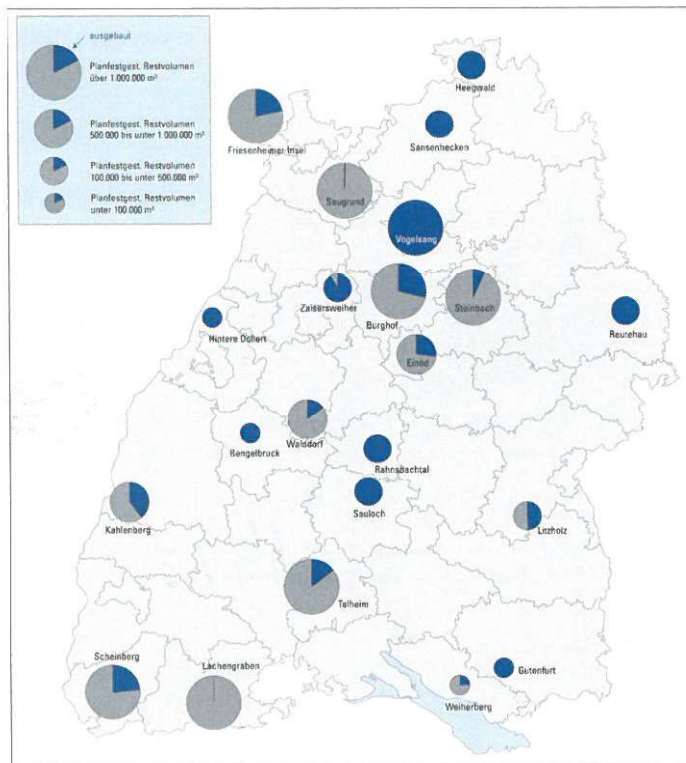


Abbildung 2: Deponien der Klasse II mit zugehörigem Restvolumen in Baden-Württemberg (Stand 2018)²

² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2018

Die Abbildung 2 zeigt die Lage der Deponien der Klasse II. Auch hier sind die verfügbaren Kapazitäten lokal ungleich verteilt, so dass besonders in den östlichen Landesteilen von Engpässen gesprochen werden muss.

4. Aufkommen und Verbleib der Abfälle

In Baden-Württemberg sind im Jahr 2017 ca. 49,7 Mio. Tonnen mineralische und nicht mineralische Abfälle angefallen. Davon entfielen auf die Gruppe der Bau- und Abbruchabfälle knapp 39 Mio. Tonnen. Sie machen mit 78 % den Großteil des Gesamtaufkommens aus. Die Bau- und Abbruchabfälle bestehen zu ca. zwei Dritteln aus Bodenaushub und zu einem Drittel aus Bauschutt, Straßenaufbruch und Abbruchabfällen, welche bis zu 83 % (Bodenaushub) bzw. 96 % (Bauschutt, Straßenaufbruch) einer Verwertung außerhalb der Deponien zugeführt worden sind (s. Abbildung 3).

Die Gesamtmenge der zu deponierenden mineralische Abfälle betrug ohne Produktions- und sonstige Abfälle insgesamt ca. 5,2 Mio. Tonnen, die entweder

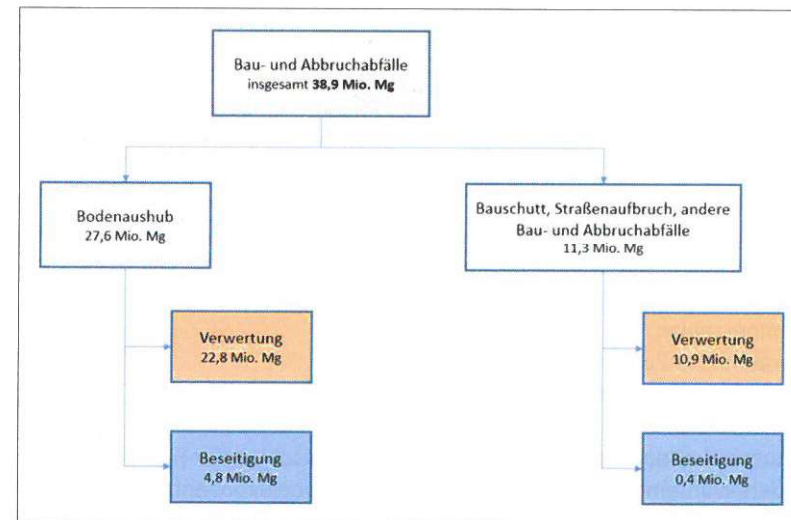


Abbildung 3: Umfang der Bau- und Abbruchabfälle in Baden-Württemberg (Stand 2017)³

³ Umweltministerium Baden-Württemberg, 2019